

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



Jahre | 1964–2014

German Development
Institute

Wasser und Strom – Waffen im Syrien-Konflikt

Von *Waltina Scheumann*,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 30.06.2014

Wasser und Strom – Waffen im Syrien-Konflikt

Bonn, 30. Juni 2014. „Die Türkei trocknet den Euphrat aus. Statt den Rebellen gegen das Assad-Regime zu helfen, tötet sie diese durch Austrocknung.“ – so das religiöse US-Journal *The Trumpet* über die sinkenden Wasserstände im Lake Assad, dem Wasserreservoir, das Aleppo und Umgebung mit Wasser und Strom versorgt.

Ist die Türkei mal wieder der Bösewicht?

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Türkei die Wasserkarte ausspielt. Sie hat dies in den 80er Jahren getan, in der Hoffnung, dass Syrien die Aktivitäten der kurdischen PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) unterbindet. Das türkisch-syrische Protokoll von 1987 garantierte einen Wasserabfluss von durchschnittlich 500 Kubikmetern pro Sekunde für die Untereinheiten Syrien und Irak. Dennoch blieb das türkische Südostanatolische Entwicklungsprojekt mit seinen 22 Staudämmen, 18 großen Wasserkraftwerken und den geplanten 1,8 Millionen Hektar bewässerter Fläche der Stein des Anstoßes. Die Türkei gebärde sich als regionaler Wasserhegemon, der über genügend Mittel verfüge, um die Flüsse zu kontrollieren, so der Vorwurf. Die Türkei reklamierte dagegen ihr Recht auf Entwicklung, schuf Fakten, in dem sie einen Staudamm nach dem anderen baute, und hielt sich im Übrigen an das 1987er Protokoll. Das Sicherheitsabkommen von Ceyhan (1998) machte dann den Weg frei für ein Freihandelsabkommen (2004), das unerwartet positive Auswirkungen auf den jahrzehntelangen Wasserstreit hatte: An der türkisch-syrischen Grenze sollte ein gemeinsamer Staudamm am Orontes errichtet werden. Dies war spektakulär: Bis dato hatte Syrien seine territorialen Ansprüche auf die türkische Provinz Hatay (das historische Alexandretta) und den Orontes als einem nationalen Fluss aufrechterhalten und die politischen Grenzen nicht anerkannt. Und Assad tat nun genau das. Der Grundstein wurde im Februar 2011 gelegt, kurz bevor die Proteste in Syrien ihren Anfang nahmen.

Mit den 2009-10 gegründeten *High-Level Strategic Cooperation Councils* (HSCC) signalisierten Erdogan, Baschar al-Assad und Nuri al-Maliki, dass sie auch im Wasserstreit Lösungen wollten. Auf dem ersten Treffen des türkisch-syrischen HSCC im Dezember 2009 unterzeichneten die Minister 50 Protokolle, davon vier zu Wasserfragen. Eine Kommission sollte praktikable Vorschläge ausarbeiten, wie man bei der Nutzung der Flüsse verfahren wolle. Der Orontes-Staudamm wurde besiegelt – die Kosten wollte man sich teilen.

2009-10 hätte die entscheidende Wende in den Wasserbeziehungen einleiten können. Allerdings war diese an die politischen Führungen von Syrien und dem Irak gebunden, deren rasanten Machtzerfall wir nun beobachten.

Wasser- und Stromversorgung als Mittel der Erpressung

Wie unabhängige Quellen berichten, setzen inzwischen alle Kombattanten in Syrien Wasser und Strom als Mittel der Erpressung ein. Bereits im September 2012 hätten Regierungstruppen die Wasser- und Elektrizitätsnetze der Millionenstadt Aleppo zerstört, um die damals noch gemäßigten Oppositionellen unter Druck zu setzen. Aber längst sind es nicht mehr nur Assads Truppen. Die zersplitterten und sich gegenseitig bekämpfenden Oppositionsgruppen (die Freie Syrische Armee, die Organisation Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS) und die Nusra-Front) setzen auf die Kontrolle der Euphrat-Staudämme, an denen die Wasser- und Stromversorgung von Aleppo und der Provinz Raqqa hängt. Zwei, wenn nicht gar drei, sind inzwischen in den Händen der Rebellen. Deren Betreiber ist nicht mehr ein syrisches Ministerium, sondern ISIS. Täglich würden beträchtliche Wassermengen aus dem Assad-Reservoir abgelassen, um die Wasserausleitung nach Aleppo trocken zu legen. Pumpstationen sind in der Hand der Rebellen, und Pumpen wurden ‚demontiert‘ – leider mit Erfolg: Aleppo war im Mai dieses Jahres mehrere Tage ohne Wasser und Strom und nutzte, laut Radio Vatikan, Brunnen in Moscheen und Kirchen, obwohl das Wasser zum Trinken ungeeignet ist. Und im Irak? Mitte der letzten Woche drangen ISIS Kämpfer in Richtung Haditha-Damm vor, dem zweitgrößten des Irak. Und es steht zu befürchten, dass sie wie bei der Eroberung des Falluja-Damms die Schleusen öffnen werden – eine Möglichkeit, auf die die Regierungstruppen sich vorbereiten, in dem sie das selbst in Erwägung ziehen.

Ungewisse Zukunft, auch in der Wasserfrage

Wie wahrscheinlich ist es angesichts dieser Berichte, dass nur die Türkei die Wasserkarte ausspielt? Die Antwort auf diese Frage bleibt offen. Der Regierung Erdogan wurde vorgeworfen, sie habe ISIS zumindest stillschweigend geduldet. Mittlerweile gefährdet der Vormarsch der ISIS im Irak auch die Interessen der Türkei. Für den Fall, dass der Bundesstaat Irak nicht überlebe, sicherte Celik, der Sprecher der türkischen Regierungspartei, den nordirakischen Kurden das Recht auf Selbstbestimmung zu – ein bis vor Kurzem undenkbares Ansinnen.

Die veränderte geo-politische Situation stellt die Wasserfrage neu, da diejenigen, mit denen die Türkei 2009-10 Vereinbarungen getroffen haben, machtlos geworden sind. Mit wem und wie die Wasserfrage verhandelt werden wird, wird sich zeigen. Die Kontrolle des Wassers ist und bleibt ein wichtiger Faktor im regionalen Machtpoker.